



Die Einkommensunterschiede Zwischen Männern und Frauen Reduzieren

Les notes du conseil d'analyse économique, no 17, Oktober 2014

Heute verdienen Frauen in Frankreich monatlich im Durchschnitt 24,5 % weniger als ihre männlichen Kollegen. Für die Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern gibt es zwei Hauptgründe: die Arbeitszeit und die geschlechtsspezifische Segregation im Berufsleben.

Frauen haben eine kürzere monatliche Arbeitszeit und sind häufiger mit Laufbahnunterbrechungen konfrontiert, hauptsächlich bedingt durch ihre familiäre Situation. Teilzeitarbeit hat über die Arbeitszeit einen direkten Einfluss auf das Einkommen, dazu kommt ein Abzug auf den Stundenlohn, der sich während der Berufskarriere erhöht, insbesondere wenn diese diskontinuierlich verläuft. Teilzeitarbeit verursacht einen monatlichen Einkommensunterschied von 11 % zwischen Frauen und Männern.

Die geschlechtsspezifische Aufteilung des Ausbildungsmarktes, der Berufe und Beschäftigungen führt zu einem Gehaltsgefälle von ca. 7 % zwischen Männern und Frauen, das zu den Auswirkungen von Teilzeitarbeit und unterbrochener Berufslaufbahn hinzukommt. In der Tat sind Frauen sowohl in den gehaltsschwachen Sektoren und Beschäftigungen als auch auf den unteren Hierarchieebenen übermäßig vertreten. Diese doppelte Segregation kann ebenfalls einer bewussten Entscheidung ihrerseits entsprechen, allerdings ist diese Wahl auch von den vorherrschenden Geschlechterstereotypen beeinflusst. Letztere können Frauen dazu bewegen, Berufe mit weniger strengem Zeitplan und weniger riskanten Perspektiven zu wählen, die allerdings im Durchschnitt schlechter bezahlt sind, oder sich weniger am Wettbewerb und an Verhandlungen zu beteiligen,

die sich günstig auf Beförderungen auswirken. Auch wenn die Berücksichtigung der individuellen Präferenzen wichtig ist, so sollte auch im Namen der sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Effizienz sichergestellt werden, dass die Entscheidungen in voller Freiheit getroffen werden.

Die politischen Strategien zur dauerhaften Reduzierung der Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern auf dem Arbeitsmarkt müssen die Ursachen ihrer Entstehung bekämpfen und dürfen sich nicht auf die Verabschiedung von Gesetzen beschränken, die auf die gesetzliche Gleichheit von Männern und Frauen verweisen.

Der erste Schwerpunkt des staatlichen Handelns betrifft die Verteilung der Übernahme von produktiven nicht-gewerblichen Tätigkeiten (wie Kinder- oder Altenbetreuung) zwischen den staatlichen Stellen und den verschiedenen Haushaltsmitgliedern. Dieses Leitpapier macht den Vorschlag, den Ausbau einer kollektiven Kinder- und Altenbetreuung zu unterstützen, die Aufteilung und Bezahlung von Elternurlaub zu reformieren, um eine gerechtere Aufteilung zwischen den Eltern zu begünstigen, sowie den Ehepaarquotienten zu reformieren, der in bestimmten Fällen den Anreiz für den zweiten Partner, «seine Arbeitskraft auf den Markt zu bringen» reduziert.

Der zweite Schwerpunkt zielt auf die Bekämpfung der Stereotypen ab, welche die Ausbildungs- und Berufswahl beeinflussen, durch eine verbesserte Sensibilisierung der Schüler, Eltern und Lehrer. Da der Einfluss der Quotienten mehrdeutig ausgelegt werden kann, empfiehlt das Leitpapier, sie nur begrenzt anzuwenden.

Diese Anmerkung ist unter Verantwortung der Autoren veröffentlicht und verpflichtet nur diese.

^a Institut des politiques publiques (IPP), École d'économie de Paris (PSE), Mitglied der CAE.

^b Universität Paris Dauphine (LEDa), Mitglied der CAE.

^c Universität Aix-Marseille (AMSE), Mitglied der CAE.

Feststellungen und Vorschläge

Feststellungen

1. Feststellung Die Einkommensunterschiede, die 2012 zwischen Frauen und Männern erhoben wurden (24 %), werden vor allem durch eine unterschiedliche Arbeitsdauer (10,9 %) sowie die Geschlechtertrennung im Berufsleben verursacht (7,3 %). Es handelt sich hierbei um die zwei wichtigsten und anhaltenden Ursachen für Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen.

2. Feststellung Frauen sind überdurchschnittlich in einer kleinen Anzahl von relativ schlecht bezahlten Berufsgruppen auf der unteren Hierarchieebene vertreten. Ein Teil dieser Konzentration ist eine Folge bewusster Entscheidungen. Ein weiterer Teil ist die Folge von Vorstellungen, die von den Angehörigen der Berufsbranchen erzeugt werden, sowie kollektiven geistigen Konstrukten (Stereotype).

3. Feststellung Obwohl sie eine biologische Komponente aufweisen, sind die geschlechtsspezifischen Stereotype vom allgemeinen Kontext beeinflusst. Sie können daher über soziale Interaktionen geändert werden.

Vorschläge

Vorschlag 1. Den Stereotypen im Bereich der Berufsorientierung entgegenwirken, indem die Sichtbarkeit der Frauen in sog. «männlichen» Berufen gefördert wird, und indem Lehrer, Eltern und Bildungs-/Berufsberater vermehrt hinsichtlich dieser Problematik sensibilisiert werden.

Vorschlag 2. Die Bemühungen im Bereich der Kleinkinderbetreuung fortsetzen, indem die Anzahl der freien Krippenplätze erhöht wird. Die Betreuung abhängiger Personen besser ausbauen.

Vorschlag 3. Die Reform über den Einkommenszuschuss für Kinderbetreuung zu Hause (CLCA, *Complément de libre choix d'activité*) fortführen, um die Aufteilung des Elternurlaubs zwischen beiden Elternteilen zu fördern.

Vorschlag 4. Die Taggelder im Rahmen des Mutterschafts-/Vaterschaftsurlaubs erhöhen. Diese Erhöhung durch eine geringfügige Reduzierung der standardmäßigen Urlaubsgelder finanzieren.

Vorschlag 5. Die Anwendung von Pflichtquoten vermeiden, mit Ausnahme jener Fälle, in denen die Gegenwart von Frauen einen direkten Einfluss auf die Chancen anderer Frauen hat, wie z.B. in der politischen und gewerkschaftlichen Vertretung.

Vorschlag 6. Den Ehepaarquotienten der Einkommenssteuer abschaffen, aber gleichzeitig die Berücksichtigung von Betreuungsverpflichtungen beibehalten, z.B. über einen Steuernachlass bei der Festsetzung der Steuer.

Vorschlag 7. Die Pensionsrechte für Familien reformieren, um jene Maßnahmen abzubauen, welche die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern verstärken: die Pensionsbonifikationen bei drei Kindern schrittweise abschaffen; die entsprechenden Ausgaben auf die Erhöhung der Anzahl der Kinderbetreuungsplätze umlagern, die Prämie für die Versicherungsdauer reformieren.



**conseil d'analyse
économique**

Der *Conseil d'Analyse Économique* (CAE) wurde im Auftrag des französischen Premier Ministre gegründet und soll durch die Gegenüberstellung der Gesichtspunkte und Analysen der Mitglieder des CAE ein besseres Verständnis der Entscheidungen der französischen Regierung im Wirtschaftssektor ermöglichen.

Stellvertretende Vorsitzende Agnès Bénassy-Quéré
Generalsekretär Hélène Paris

Wissenschaftliche Berater
Jean Beuve, Clément Carbonnier,
Jézabel Couppey-Soubeyran,
Manon Domingues Dos Santos

Mitglieder Philippe Askenazy, Agnès Bénassy-Quéré,
Antoine Bozio, Pierre Cahuc, Brigitte Dormont,
Lionel Fontagné, Cecilia García-Peñalosa,
Philippe Martin, Pierre Mohren, Guillaume Plantin,
Jean Tirole, Alain Trannoy, Étienne Wasmer,
Guntram Wolff

Korrespondenten Patrick Artus, Jacques Cailloux

Veröffentlichungsdirektor Agnès Bénassy-Quéré
Chefredakteur Hélène Paris
Elektronische Veröffentlichung Christine Carl

Pressekontakt Christine Carl
Ph: +33(0)1 42 75 77 47
christine.carl@cae-eco.fr